



Beschluss der 31.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Wunsiedel vom 19. bis 21. Oktober 2012

Jugend braucht Freiheit – Jugendschutz neu denken

Alter ist kein Kriterium, mit dem direkt festgestellt werden kann, wie "reif" eine Person ist. Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hängt nachhaltig mit dem Prozess der Eigenverantwortung und der Selbstbestimmung zusammen. Eine reine Verbotspolitik schafft weder Verständnis noch Erfahrung. Wir brauchen einen Jugendschutz, welcher statt auf Verbot auf Prävention und Aufklärung setzt und welcher Jugendliche zu eigenverantwortlichen, mündigen Bürgerinnen und Bürgern erzieht

Jugendmedienschutz

Nach wie vor gibt es keine fundierten Konzepte für einen guten Jugendmedienschutz. Die Umlage des klassischen Jugendschutzes in die digitale Welt ist bereits mehrfach krachend gescheitert, was allerdings viele nicht davon abhält, dies immer wieder zu versuchen. Vorschläge wie die Sperrung von Websites, die Einführung von Blacklists und dem damit verbundenen Eingriff in die Inhalte des Internets sind technisch illusorisch und bieten keinerlei nachhaltigen Schutz, sondern deutlich mehr Risiken als Nutzen.

Keine Sperren

Wir als GRÜNE JUGEND Bayern stellen uns gegen jegliche Art von Sperren im Internet. Jugendschutzfilter sind nicht nur aus technischer Sicht höchst problematisch, sondern bieten vor allem auch die Möglichkeit, dass private Anbieter oder staatliche Stellen Inhalte kontrollieren. Gleichermäßen ist es ein absurder Eingriff in die Freiheit von Jugendlichen. Wir stellen uns gegen jegliche Art der Bevormundung durch Sperren, sondern setzen uns für eine fundierte Aufklärung ein.

Auch Kennzeichnungspflicht ist für uns keine Alternative, da sie zur Monopolbildung einlädt und eine unkontrollierte Bewertung von Nutzer*innen zur Folge hat, welche zur Einschränkung der Freiheit dieser führt.

Abschaffung des Staatsvertrags

Der Jugendmedienschutzvertrag ist die einfache Übertragung des bisher bestehenden Jugendschutzes auf die digitale Welt. Es ist illusorisch anzunehmen, dass diese Konzepte in einer globalisierten, freien, schnelllebigsten digitalen Welt funktioniert. Aus diesem Grund lehnen wir den Jugendmedienschutzvertrag ab und fordern dessen Abschaffung. Wir stellen uns gegen Sperren und utopische Zensur im Internet und stehen für Aufklärung.

Medienkompetenz

Nur eine fundierte Aufklärung von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter kann eine Medienkompetenz schaffen. Nur Medienkompetenz bietet die Grundvoraussetzung, um selbstbestimmt an der digitalen Welt teilzuhaben

Dies muss sowohl durch die Eltern als auch vor allem durch die Schule erzielt werden. Die Vermittlung von Kompetenz im Umgang mit den Medien muss durch Schulfach geschehen. Hierbei steht im Vordergrund, dass pädagogische Konzepte neu überdacht werden und pädagogisches Personal im Bereich der

Beschluss der 31. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Wunsiedel (Oktober 2012)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



Medienpädagogik und – Kompetenz geschult werden. Medienbildung muss als Schwerpunkt im Bildungssystem verankert werden.

Offline Jugendschutz

Wie in anderen Punkten ist in der Drogenpolitik auch klar auf eine frühe Aufklärung zu setzen. Die Erfahrungen zeigen, dass legalen Drogen nie nur an Menschen über 16 bzw 18 ausgegeben werden, und volle Kontrolle nie möglich ist. Viel sinnvoller ist es jungen Menschen die möglichen Schäden durch Drogenkonsum aufzuzeigen, auch um zu verhindern, dass sie wenn sie das Alter erreichen, das den Konsum erlaubt, nicht völlig unbedacht einen zu starken Konsum riskieren.

Gegen allgemeine Alkoholverbote

Das Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen lehnen wir ab. Dieses Verbot bewirkt in erster Linie eine Verlagerung der Probleme, nicht aber eine Lösung. Im Gegenteil. Gleichmaßen ist es eine massive Freiheitsbeschränkung, welche willkürlich gesetzt ist. Der öffentliche Raum ist für alle da. Eine Verbannung bedeutet nur, dass Jugendliche sich andere Räume suchen, um ihren Erfahrungen nachzugehen und somit werden sie aus dem öffentlichen Bild verdrängt. Eine Verdrängung löst keine sozialen Probleme.

Ebenso halten wir ein Verbot, zu bestimmten Uhrzeiten Alkohol an Tankstellen, Kiosken etc. zu verkaufen für falsch und ungeeignet: Dies verlagert lediglich Probleme, und schafft keine Veränderung des Konsums. Noch dazu bestehen bereits Regelungen, die es Minderjährigen verbieten, auch an Tankstellen Alkohol zu kaufen – eine viel größere Personengruppe einzuschränken, weil bestehende Regeln nicht durchgesetzt werden, halten wir grundsätzlich für falsch. Neben der Tatsache, dass solche Verbote kaum Vorteile bringen, schränkt sie viele Personen, auch nicht-Jugendliche, unverhältnismäßig ein. Statt nicht durchgesetzte und teilweise nicht durchsetzbare Verbote immer weiter zu verschärfen und auf größere Personengruppen zu erweitern, fordern wir endlich neue Wege im Umgang mit Drogen.

Gegen übertriebene Regelungen beim Weggehen

Wir stellen uns gegen jegliche Regelungen, welche die Freiheit von Kindern und Jugendlichen massiv beschränken und sie in ihrer Entwicklung hemmen. So halten wir die Idee einer zeitlichen Begrenzung der Ausgehzeit für Jugendliche auf 20 Uhr für eine willkürlich gesetzte Grenze, welche absurd ist, da diese freie Zeit nachhaltig der Entwicklung und vor allem Eigenverantwortung dient. (... Satz zur "Aufweichen" über die derzeitigen Ausgehzeiten) Kino, Konzertbesuche, Parties, Treffen: all dies findet in der Regel abends statt und hier, außerhalb der Schule, machen vor allem Jugendliche Erfahrungen und erlernen Soziale Kompetenzen. Eine übertriebene Regelung dient nicht dem Schutz der Jugendlichen, sondern schafft neue Probleme. Es bedarf einer fundierten Präventionspolitik, keiner Verbotspolitik – denn Probleme werden nicht durch Verbote gelöst.

Jugendrecht statt Jugendschutz

Ein fundierter Schutz der Jugend lebt von der freien Entwicklung sowie dem selbstbestimmten Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Nur durch pädagogische Konzepte und Aufklärungsarbeit können Kinder und Jugendliche lernen, sich verantwortungsbewusst und frei zu verhalten. Verbote wecken lediglich Neugier und umgehen das Bewusstsein des Problems. Wir stehen für eine aktive und präventive Aufklärung von Kindern und Jugendlichen, um ein verantwortungsvolles und selbstbestimmtes Leben zu erfahren.

Beschluss der 31. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Wunsiedel (Oktober 2012)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)